

IN DIESER AUSGABE:

MULTILATERALE BEZIEHUNGEN
WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN
STATISTIK
FIRMENNACHRICHTEN AUS DER TÜRKEI
ARTIKEL DES MONATS
EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN (aktualisiert)

MITGLIED VON BUSINESSEUROPE

HAUPTSITZ: 74 Meşrutiyet Caddesi Tepebaşı 80050 Istanbul Türkei Tel.: 90 212 249 11 02 Fax: 90 212 249 09 13
ANKARA : 39/4 İran Caddesi Gaziosmanpaşa 06700 Ankara Türkei Tel.: 90 312 468 10 11 Fax: 90 312 428 86 76
EUROPÄISCHE UNION : 13 Avenue des Gaulois 1040 Brüssel Belgien Tel.: 32 2 736 40 47 Fax: 32 2 736 39 93
DEUTSCHLAND : 28 Märkisches Ufer 10179 Berlin Deutschland Tel.: 49 30 28 87 86 300 Fax: 49 30 28 87 86 399
FRANKREICH : 33 Rue de Galilée 75116 Paris Frankreich Tel.: 33 1 44 43 55 35 Fax: 33 1 44 43 55 46
U S A : 1250, 24th Street N.W. Suite#300 Washington DC 20037 USA Tel.: 1 202 776 7770 Fax: 1 202 776 7771
CHINA : Beijing Lufthansa Center, Office C-319 10016 Peking China Tel.: 86 10 6462 2066 Fax: 86 10 6462 3206
berlinoffice@tusiad.org www.tusiad.org

MULTILATERALE BEZIEHUNGEN

Gül in Russland

Staatspräsident Abdullah Gül ist, um an einem globalen Politik Forum teilzunehmen nach Russland gereist. Gül ist Ehrengast des 3. Globalen Politik Forums. Gül ist im Rahmen seiner Kontakte in Russland mit dem russischen Präsidenten Dimitri Medwedew zusammengekommen.

Abdullah Gül hielt an dem Forum eine Rede. Nach dem Forum kamen Gül und Medwedew zu einem Gespräch zusammen. An diesem Treffen nahm auch der türkische Außenminister Ahmet Davutoğlu teil. Wie erörtert wurde, kamen bei dem Gespräch der gesamte Komplex der bilateralen Beziehungen sowie internationale und regionale Probleme von gegenseitigem Interesse zur Diskussion.

Gül besuchte auch mit Medwedew zusammen die Arena Sporthalle in der Stadt Jaroslawl und legte für die bei einem Flugzeugabsturz gestorbenen Menschen Blumen nieder. Staatspräsident Abdullah Gül teilte dem russischen Präsidenten Dimitri Medwedew sein Beileid mit. „Es ist für sie ein Tag voller Leiden. Aber wir teilen ihren Schmerz“, so Gül gegenüber Medwedew. Bei dem Flugzeugabsturz kamen mehr als 40 Menschen ums Leben. An Bord war die Eishockey-Erstliga-Mannschaft Lokomotive Jaroslawl.

Staatspräsident Abdullah Gül wurde auf seiner Russland-Reise von Außenminister Ahmet Davutoğlu begleitet. [Internet-Link](#)

NATO stationiert Raketenfrühwarnsystem in der Türkei

Die Türkei und die USA haben am Mittwoch in Ankara ein Memorandum über die Stationierung einer US-Radaranlage auf dem türkischen Territorium unterzeichnet. Der erste betreffende Beschluss im Rahmen des Projekts wurde im vergangenen Jahr auf dem Lissabon Gipfel der NATO gefasst. Auf dem Gipfel wurde die Stärkung der Verteidigungssysteme im Rahmen des neuen Strategiekonzeptes der NATO beschlossen. An dem System sind viele Staaten beteiligt.

Das Raketenfrühwarnsystem soll im Südosten des Landes in der Ortschaft Kürecik der Stadt Malatya aufgestellt werden und bis Mitte Dezember im Testregime in Betrieb sein. Gesteuert wird die Anlage von Deutschland aus. Die Kommandostellen und die zum Radarsystem gehörigen Anlagen werden von türkischem Personal bedient. Alle vom Radar erhaltenen Daten sollen auch an die türkischen Behörden übermittelt werden. [Internet-Link](#)

Gül-Merkel Treffen

Staatspräsident Abdullah Gül besuchte im Rahmen seines offiziellen Deutschland Besuchs am Nachmittag gemeinsam mit Bundespräsident Christian Wulff, dessen Heimatstadt Osnabrück. Zahlreiche Bürger begrüßten die Staatsoberhäupter und ihre Frauen mit Beifall und Jubel vor dem Rathaus. Dort stand unter anderem ein Empfang im Friedenssaal des historischen Rathauses an, in dem 1648 der Westfälische Frieden geschlossen wurde. Nach einem kurzen Gang durch die Innenstadt besuchten Wulff und Gül die Deutsche Bundesstiftung Umwelt. Zum Abschluss des Besuchs trafen sie die Studenten und Wissenschaftler des Zentrums für Interkulturelle Islamstudien an der Universität Osnabrück.

Unter anderem empfing Bundeskanzlerin Angela Merkel am Dienstagmorgen Staatspräsident Abdullah Gül im Kanzleramt. Gül und Merkel führten ein bilaterales Gespräch. Nach Angaben aus Regierungskreisen seien sich beide Politiker einig, dass gute deutsche Sprachkenntnisse die Voraussetzung dafür seien und dass die deutsche Sprache möglichst gut und frühzeitig erlernt wird. Gül hatte vor seinem Deutschlandbesuch mit Blick auf den Ehegatten-Nachzug gerügt, das deutsche Einwanderungsrecht widerspreche den Menschenrechten. Unterdessen sollen Informationen zufolge die Gespräche um die deutsch-türkischen Beziehungen, insbesondere auch um die notwendige und gewünschte Integration der türkischstämmigen Migranten in Deutschland gegangen sein. Auch Visumsfragen seien zur Sprache gekommen.

Gül und Merkel haben auch ihre Ansichten über den EU-Beitritt der Türkei dargelegt. Die Bundeskanzlerin drückte unterdessen ihren Respekt vor der dynamischen Wirtschaftsentwicklung der

Türkei in den letzten Jahren aus. Merkel und Gül hätten über den politischen Wandel in Nordafrika und der arabischen Welt beraten, sagte ein Sprecher. Die Kanzlerin habe ihrer Sorge über die jüngsten Spannungen zwischen der Türkei und Israel Ausdruck verliehen. [Internet-Link](#)

Erdogan-Obama Treffen

Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan und US-Präsident Barack Obama sind am Dienstag am Rande der UN-Vollversammlung in New York zusammen getroffen. Dabei unterstrich Obama das Interesse Washingtons an einer Lösung des Streits zwischen den beiden US-Verbündeten Türkei und Israel. Während ihres Treffens sprachen Obama und Erdoğan über die Lage in Syrien. Der US-Präsident und Erdoğan hielten es für „notwendig, stärkeren Druck“ auf die Regierung in Damaskus auszuüben, um eine Lösung zu finden, die den Forderungen des syrischen Volkes entspreche. Obama übermittelte Erdoğan zudem sein Mitgefühl für den Anschlag in Ankara, bei dem am Dienstag drei Menschen ums Leben kamen.

Gleichzeitig bedankte sich Obama bei Erdoğan für dessen Unterstützung bei den Themen Afghanistan und Libyen. Erdoğan sagte, die Türkei und die USA hätten wichtige Schritte in ihrem gegenseitigem Verhältnis unternommen und würden dies weiterhin tun. [Internet-Link](#)

WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN

Ministerpräsident: Investoren und Händler mit Türkei als Ziel werden Gewinne machen

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sagte am Samstag, dass Länder, die mit der Türkei handeln, sowie in das Land investierende Anleger Erfolg haben werden. Dabei nannte er die Wirtschaftszahlen dieses Jahres und die Ziele der Türkei für die Hundertjahrfeier, um aktuelle und potenzielle Investoren zu bestätigen.

Erdogan hielt eine Rede bei einer Frühstücksveranstaltung, die von der Agentur für Wirtschafts- und Investitionsförderung der Türkei (ISPAT) im New Yorker Plaza Hotel ausgerichtet worden war. Er betonte den wirtschaftlichen Erfolg der Türkei im Lauf der Zeit und gab an, es sei nicht einfach, zu einer Zeit gute wirtschaftliche Ergebnisse zu erzielen, zu der die Eurozone, der größte Handelspartner der Türkei, in einer Schuldenkrise stecke.

„Wir haben viele Reformen umgesetzt, vor allem sektor- und unternehmensspezifische Mikroreformen, um die internationale Wettbewerbsposition der Türkei zu verbessern, und wir werden mit dieser Umsetzung fortfahren“, so Erdogan. „Sie werden erleben, dass die Türkei einen Sprung in den Wertschöpfungssektoren machen wird. Daher möchte ich Unternehmen in den Bereichen IT und Nanotechnologie und anderen Branchen in unser Land einladen. Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, dass wir zurzeit mit dem Aufbau eines IT-Tals ähnlich Silicon Valley in den USA beschäftigt sind. Bis 2023, zur Hundertjahrfeier der Türkischen Republik, wird die Türkei außerdem zu einem der zehn größten Wirtschaftsräume mit einem jährlichen Exportwert von 500 Milliarden US-Dollar werden. ... Investoren oder Länder im Handel mit der Türkei [bis 2023] werden mit Sicherheit hohe Gewinner für ihre Arbeit erzielen. Ich möchte unsere amerikanischen Freunde einladen, ihr Geschäftsvolumen mit der Türkei zu erhöhen, und ich fordere türkische und amerikanische Geschäftsleute dazu auf, als Partnerschaften in anderen Ländern zu investieren“, fügte Erdogan hinzu. [Internet-Link](#)

STATISTIK

Die türkische Wirtschaft boomt weiter

Der Boom der türkischen Wirtschaft hält unvermindert an. Laut Angaben des Türkischen Statistikamtes (TÜİK) wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal um 8,8 Prozent. Gleichzeitig korrigierten die Statistiker das Rekordwachstum im ersten Quartal nach oben - von 11,0 auf 11,6 Prozent.

Die türkische Wirtschaft wuchs schon im vergangenen Jahr um 8,9 Prozent und hatte damit die Erwartungen der Regierung, die von rund 7,0 Prozent ausgegangen war, deutlich übertroffen. Minister

für Forschung, Industrie und Technologie Nihat Ergün gab zum Thema bekannt, die Quote von 8,8 Prozent zeige, dass die Türkei über eine Wirtschaft verfüge, die auch in schwierigem Umfeld ihre Gelegenheiten zu nutzen wisse.

Die Türkei mit rund 73 Millionen Menschen liegt auf Platz 17 der stärksten Wirtschaftsnationen der Welt und verzeichnet eine der stärksten Wachstumsquoten der Welt.

Unterdessen wurden die Erwartungen der Ökonomen damit weit übertroffen. Einmal mehr kann die Türkei so seinem Ruf als "Tiger-Staat" gerecht werden. Auch der türkische Zentralbankchef Erdem Başçı, der ein vierteljährliches Wachstum von "nahezu null" prognostiziert hatte, wurde nun eines Besseren belehrt. [Internet-Link](#)

FIRMENNACHRICHTEN AUS DER TÜRKEI

Istanbuler Gasnetz soll 2012 privatisiert werden



Die größte Gasvertriebsgesellschaft der Türkei, die Erdgas-Vertriebsgesellschaft Istanbul (IGDAS), soll laut dem Generalsekretär der Großstadtverwaltung Istanbul (IBB), Adem Bastürk, noch vor Jahresende zur Privatisierung ausgeschrieben werden. Die IGDAS, die die bevölkerungsreichste Stadt des Landes mit Gas versorgt, ist mit ihren 4 Millionen Kunden und der Verteilung von jährlich 4 Milliarden Kubikmetern Erdgas ein gesuchtes Anlageziel für internationale Investoren.

„Die IGDAS ist das nächste Unternehmen, das von der IBB ausgeschrieben wird“, sagte Bastürk über die Ausschreibung. Ein Datum nannte er nicht. Die IBB warte auf das Ende des laufenden Ausschreibungsverfahrens für Baskent Dogalgaz, das Gasnetz der Hauptstadt Ankara, bevor die IGDAS zum Verkauf freigegeben werde, so Bastürk. Es bestehe großes Interesse an dem Unternehmen bei ansässigen und ausländischen Investoren.

Zuvor privatisierte die IBB in diesem Jahr die Fährgesellschaft Istanbul (IDO) für 861 Millionen US-Dollar. Die Betriebsrechte für das Unternehmen gingen an die Joint-Venture-Gruppe Tepe-Akfen-Souther-Sera, die das höchste Angebot abgab. Die Privatisierung der IGDAS soll in der ersten Jahreshälfte 2012 abgeschlossen werden. [Internet-Link](#)

POSCO legt Grundstein für 350-Millionen-US-Dollar-Stahlwerk in Türkei



Der südkoreanische Stahlhersteller Pohang Iron and Steel Company (POSCO) hat mit dem Bau seines neuen Kaltwalzwerks in der nordwestlichen türkischen Provinz Kocaeli begonnen. Der viertgrößte Stahlhersteller der Welt tat sich mit der türkischen Kibar Holding und einem anderen südkoreanischen Unternehmen, Daewoo International, zusammen, um die Anlage im Wert von 350 Millionen US-Dollar zu bauen, die nach der Inbetriebnahme im Mai 2013 mindestens 1000 Arbeitsplätze schaffen soll.

„Diese Anlage wird eine wesentliche Rolle bei der Verringerung des aktuellen Kontodefizits spielen. Importe werden um 100 Millionen US-Dollar sinken, während die Exporte um 240 Millionen US-Dollar zunehmen werden“, so der türkische Wirtschaftsminister Zafer Caglayan bei der Grundsteinlegung. Ebenfalls anwesend waren der Minister für Wissenschaft, Industrie und Technologie Nihat Ergün, der Präsident der Agentur für Wirtschafts- und Investitionsförderung der Türkei (ISPAT) Ilker Ayci sowie Führungskräfte von POSCO und Kibar Holding.

Der CEO von POSCO, Chung Joon-Yang, sagte seinerseits, das Kaltwalzwerk von POSCO sei die bisher größte südkoreanische Investition in der Türkei, und der jährliche Ausstoß des Werks von 200.000 Tonnen werde die Nachfrage nach Edelstahl aus Osteuropa, dem Nahen Osten und Zentralasien sowie aus der Türkei und deren Nachbarn decken.

„Die Entscheidung, in der Türkei zu investieren, wurde Ende 2010 auf einem von der ISPAT organisierten hochrangigen Treffen mit dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan in Seoul getroffen“, so Joon-Yang. Anschließend dankte er Ministerpräsident Erdogan, Minister Zafer Caglayan und der ISPAT für ihre Hilfe während des Investitionsprozesses. [Internet-Link](#)

Air Liquide investiert 60 Mio. Euro in der Türkei



Der Industriegasspezialist Air Liquide gab am Dienstag bekannt, dass er seine Geschäfte in der Türkei mit einer Investition in Höhe von 60 Millionen Euro (ca. 81,8 Millionen US-Dollar) in die Gasproduktion antreiben will.

Air Liquide plant den Ankauf von drei sogenannten Luftgas-Produktionsanlagen in Aliaga von der Petrochemiegruppe Petkim sowie die Investition in eine neue Produktionsanlage, die in der zweiten Jahreshälfte 2013 in Betrieb genommen werden soll.

Neben der Versorgung von Petkim mit Sauerstoff, Stickstoff und Druckluft im Rahmen eines langfristigen Vertrags plant Air Liquide die Produktion von Flüssiggasen für andere Industriebereiche in der Region. [Internet-Link](#)

ARTIKEL DES MONATS

Der Türkei ist die EU wurst



Der wichtigste Grund, warum Europa bei türkischen Politikern, Journalisten und Intellektuellen kaum noch eine Rolle spielt, ist einfach: Die Türkei boomt. **von JÜRGEN GOTTSCHLICH**

ISTANBUL taz | "EU, gibt es die noch?" Die spontane Reaktion von Saruhan Oluc auf die Frage nach der Bedeutung der EU gibt, wiewohl ironisch gemeint, doch ganz treffend die Quintessenz dessen wieder, was türkischen Intellektuellen derzeit zur europäischen Union einfällt. Zuallererst stellt man fest: Die EU ist in der Türkei kein Thema mehr.

Bei allen Fragen, die die Türkei derzeit bewegen, angefangen mit dem blutigen Kurdenkonflikt über schwierige Verfassungsfragen im Innern wie auch bei der Auseinandersetzung mit dem Arabischen Frühling, in keinem Zusammenhang taucht derzeit noch die EU auf. Dabei ist nicht immer ganz klar, ob sich darin nur die türkische Enttäuschung über die praktisch zum Erliegen gekommenen Beitrittsverhandlungen widerspiegelt, oder ob die EU aus türkischer Sicht insgesamt an Bedeutungsverlust leidet.

Anders als manche Gewerkschafter oder auch konservative Politiker, sind die Intellektuellen des Landes fast ausnahmslos starke Befürworter eines türkischen EU-Beitritts. Bei etlichen gilt allerdings mittlerweile die Vergangenheitsform. Saruhan Oluc, der seit vielen Jahren in der zersplitterten türkischen Linken die Fäden zieht, ist nicht so sehr enttäuscht, dass der Beitrittsprozess nicht vorankommt. Sein Hauptkritikpunkt betrifft die soziale Verfasstheit der Europäischen Union.

"Für mich und viele meiner Freunde war die EU immer ein Versprechen auf eine sozialere Gesellschaft. Wenn ich mir nun anschau, wie innerhalb der EU gerade die sozial Schwachen die Folgen von Finanzkrise ausbaden müssen, frage ich mich, ob die EU wirklich noch ein soziales Projekt ist. Wenn die EU diese Erwartung nicht mehr einlösen kann, ist sie für mich uninteressant geworden."

"Die EU ist in Vergessenheit geraten"

Zeynep Taskin, die in der Stiftung des ermordeten armenischen Journalisten und Menschenrechtlers Hrant Dink arbeitet, sagt: "Die EU spielt doch für uns als Menschenrechtler schon lange keine Rolle mehr. Die Zeiten, als die EU Druck machen konnte und sich auch für Reformen in der Türkei eingesetzt hat, sind doch lange vorbei." Sie würde sich zwar freuen, wenn ein türkischer EU-Beitritt wieder aktuell würde, doch sie rechnet nicht mehr damit. "Beide Seiten tun doch schon lange nichts mehr dafür. Die EU ist in der Türkei ja schon fast in Vergessenheit geraten."

Dabei hatte der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdogan erst Mitte Juli noch für einen Paukenschlag gesorgt, als er während eines Besuchs im türkischen Teil von Zypern ankündigte, dass die Türkei im kommenden Jahr, wenn die griechischen Zyprioten im Juli turnusgemäß die Ratspräsidentschaft der EU übernehmen, die Beziehungen zu Brüssel auf Eis legen will. Es sei denn, es gibt vorher noch eine politische Lösung auf der Insel, wovon aber eigentlich niemand ausgeht.

Joost Lagendijk, der früher im europäischen Parlament für die Beziehungen zur Türkei zuständig war und heute an einer Istanbuler Universität unterrichtet, hält diese Ankündigung für einen schweren Fehler. "Das ist ein klassisches Eigentor", sagt er. "Gegner der Türkei wie Angela Merkel und Nicolas Sarkozy reiben sich die Hände und die Unterstützer eines Türkeibeitritts müssen sich mit dem Argument herumschlagen, dass die türkische Regierung einen EU-Mitgliedsstaat nicht anerkennen will. Das ist schwer zu vermitteln."

Die Fehler der EU

Doch selbst den europäischsten Türken ist das längst egal. Zülfü Livaneli, der große Sänger, Schriftsteller und Filmmacher, dessen Autobiografie jüngst mit dem Untertitel "Ein Europäer vom Bosphorus" auf Deutsch erschien, sagte der taz: "Erdogan hat völlig recht. Die EU hat mit Zypern einen Riesenfehler gemacht." Intern, so Livaneli, sehe man das in Brüssel ja genauso. Er erzählt, dass EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso bei einem Essen in Istanbul eingestanden habe, dass es ein Fehler gewesen sei, die griechischen Zyprioten zu Vollmitgliedern der EU zu machen, obwohl sie 2004 mit großer Mehrheit gegen den UN-Plan zur Wiedervereinigung der Insel gestimmt haben. "Nur öffentlich will er das nicht sagen", beklagt Livaneli die Haltung der EU-Kommission.

Der wichtigste Grund, warum Europa derzeit kaum noch eine Rolle spielt, ist aber nicht so sehr der Frust über die europäische Hinhaltetaktik, sondern die völlig veränderte ökonomische Situation. Anders als vor zehn Jahren, steht die Türkei heute nicht mehr als Bittsteller vor den Toren Europas. War das Land damals gebeutelt durch ökonomische Dauerkrisen und durch das schwere Erdbeben von 1999 mehr oder weniger am Boden, ist es heute der europäische Tigerstaat par excellence.

Seit 2002 hat die Türkei Wachstumsraten von rund 7 Prozent, die Inflation wird wirksam bekämpft, die Banken sind gesund und mit dem Großraum Istanbul hat das Land eine Trumpfkarte, die von einschlägigen Analysten derzeit zu einer der aussichtsreichsten Regionen weltweit gezählt wird.

Brauchen wir da noch die EU, fragen sich vor allem viele Anhänger der konservativ-islamischen AKP, denen der christliche Club schon immer suspekt war.

Die EU braucht die Türkei

Tatsächlich ist das Selbstbewusstsein am Bosphorus in den letzten Jahren gemeinsam mit den Wachstumsraten enorm angestiegen. Führende Mitglieder der Regierung machen kaum noch ein Hehl daraus, dass ihrer Meinung nach die Türkei die EU derzeit weniger braucht als anders herum. Selbst in Deutschland wird diese Sicht vor allem aus Wirtschaftskreisen bestätigt.

Ausgerechnet in der *Bild am Sonntag* sagte kürzlich Daimler-Benz-Chef Dieter Zetsche: "Die Türkei hat alles, was wir an asiatischen oder südamerikanischen Staaten bewundern: eine junge Bevölkerung, die wissbegierig und leistungsbereit ist. Wir haben Fabriken in der Türkei, die Vorzeigewerke weltweit sind. Daraus ergeben sich riesige Wachstumspotenziale für ein behäbig gewordenes Europa. Für mich ist es schlicht unverständlich, dass wir einen Tigerstaat wie die Türkei, der vor unserer Haustür liegt und zu uns kommen will, nicht hereinlassen."

Und der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler konstatierte im *Spiegel*: "Wir haben eine religiös-kulturelle Identitätsdebatte angezettelt, um die Türken draußen zu halten und die Griechen, Bulgaren und Rumänen hereinzuholen. Zumindest in finanz- und währungspolitischer Hinsicht stünde man heute besser da, wenn es umgekehrt gelaufen wäre."

Die neuen Partner

Auch deutsche Istanbulbesucher können sich diesem Eindruck zuweilen nicht ganz entziehen. "Wenn man von Istanbul aus nach Griechenland, Bulgarien und Rumänien schaut, fragt man sich schon, in welcher Richtung jetzt eigentlich das reiche Europa liegt", stellte ein Mitglied der Delegation, die Außenminister Westerwelle kürzlich bei einem Türkei-besuch begleitete, etwas resigniert fest.

Allen anderslautenden Beteuerungen zum Trotz hat die türkische Außenpolitik auch längst damit begonnen, systematisch ihre Optionen jenseits eines EU-Beitritts auszubauen. Im Nahen Osten ist die Türkei längst ein unverzichtbarer Player, mit Russland und China ist man gut im Geschäft, und weitgehend unbemerkt von der EU baut die Türkei ihren Einfluss in Afrika immer weiter aus.

Vor einigen Jahren lud der einflussreiche Industriellenverband Tüsiad westliche Korrespondenten noch zu Veranstaltungen ein, bei denen es darum ging, zu diskutieren, wie die EU mit Hilfe der Türkei zu einem Global Player werden könnte. Das würde heute nicht mehr passieren. Russische, brasilianische und vor allem arabische Kollegen sind derzeit viel interessanter. Politisch und ökonomisch versucht die Türkei den "arabischen Aufbruch" dafür zu nutzen, demnächst in der Region wieder eine bestimmende Rolle spielen zu können. Als Partner spielen da die USA viel eher eine Rolle als die EU.

Gerade in der Ausrichtung auf den Nahen Osten sehen überzeugte Europäer wie Zülfü Livaneli aber auch die große Gefahr für die Zukunft des Landes. "Viel wichtiger, als Mitglied der EU zu sein, ist es für die Türkei, dass sie Teil der westlichen europäischen Zivilisation ist. Seit dem 18. Jahrhundert hatte sich das damalige Osmanische Reich auf diesen Weg gemacht. Für unsere Freiheit und unsere demokratische Entwicklung ist es entscheidend, dass die Türkei bei dieser Orientierung bleibt. Doch gerade diese Tradition stellt die Regierung von Tayyip Erdogan mit ihrer Hinwendung zur muslimischen Welt jetzt infrage." [Internet-Link](#)

EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN

- Bevölkerungsanzahl beträgt 71 Mil. :
 - ein Haushalt besteht aus 4,4 Personen (*abnehmender Trend*)
 - ± 26% unter 15 Jahre alt (*abnehmender Trend*)
 - 75% städtische Bevölkerung (*zunehmender Trend*)
 - stabile Bevölkerungszahl bei +/- 85 Millionen Menschen im Jahr 2030
- BIP : 671 Milliarden € (KKP)
- BSP Wachstumsrate : 2003 : + 5,3% 2004 : + 9,4% 2005 : + 8,4% 2006 : + 6,9% 2007 : + 4,6%
2008 : + 3,4%

- Rang 15 der weltweit größten Ökonomien (KKP)
- Wichtige Handelspartner : * EU : 46 % (die Türkei ist der 7. größte Handelspartner der EU)
* Russland : 10,9% * USA : 4,4%
 - Türkische Exporte in die EU – 2008 : 43 Mrd. €
 - Türkische Import aus den EU – 2008 : 50,5 Mrd. €
 - Handelsdefizit mit den EU – 2008 : 7,5 Mrd. €
- Industrieproduktion : 30 % des BSP (Dienstleistungen : 60% ; Landwirtschaft : 10%)
- Industriegüter : **94,8%** der Exporte (Automobilindustrie, Textilien, Elektronik, Stahl, Nahrungsmittel, Haushaltsgeräte ...)

Die Türkei ist in der Welt :

- sechstgrößter Hersteller von Zement Automobilindustrie
- zweitgrößter Glasproduzent und Stahl
- größter Hersteller von Bor KühlschranksHersteller
- zweitgrößter Schmuckexporteur
- sechstgrößter Schiffsbauer
- sechstgrößter Textilexporteur

Die Türkei ist in Europa :

- größter Hersteller von TV Apparaten
 - größter Hersteller von Aurocar/Bus
 - drittgrößter Hersteller von Keramikfliesen
 - viergrößter Telekom-Markt
 - viergrößter Hersteller in der
 - drittgrößter Produzent von Eisen
 - sechstgrößter
 - drittgrößter Yachthersteller,
- und auch: **an Artenvielfalt reichstes Land und größter Entwicklungsmarkt**

- **Nettobetrag ausländischen Kapitals** : €8 Milliarden im 2005 (+240%) €16 Milliarden im 2006/2007 (+87,5% / +9,8% - \$)
Ungefähr 18.000 ausländische Investitionsfirmen arbeiten in der Türkei. Etwa ein Drittel der Banken und ein Viertel der 500 größten Firmen in der Türkei sind im Besitz ausländischer Eigner. Türkische Direktinvestitionen in mehr als 50 Ländern ständig erhöht (€ 1,5 Milliarden im Jahr 2007). Die Körperschaftssteuer beträgt 20 %.

- **Schnell wachsende Informationsgesellschaft** : Über 35% Steigerung im Verkauf von PCs.
± 22 türkische Firmen / die 500 besten IKT-Firmen
+ 65 Millionen GSM-Abonnenten
+ 19 Millionen Internet-Nutzer
± 30 TV-Kanäle auf nationaler und 250 auf lokaler

Ebene

→ Ausbau des e-governments

- Privatisierung : Privatisierungen im Wert von € 17,9 Millionen in den letzten 5 Jahren.
- Tourismus : 26 Millionen Touristen im Jahr 2008. Istanbul wird EUROPÄISCHE KULTURHAUPTSTADT – 2010

- ▶ **REFORMEN** : Mit starker Unterstützung seitens der Zivilgesellschaft (Privatsektor, Gewerkschaften, Berufsverbände, NGOs, akademische Institutionen, Medien...) wurde vom türkischen Parlament eine umfassende Agenda für demokratische Reformen verabschiedet:

- Verfassungsrechtliche und institutionelle Reformen angesichts der zu erfüllenden Kopenhagen-Kriterien
- Ausgeweitete Gleichheitsrechte der Geschlechter im staatsbürgerlichen Gesetzbuch
- Abschaffung der Todesstrafe, neues Strafgesetzbuch
- Sendungen und Unterricht in Regionalsprachen, Meinungs- und Vereinsfreiheit
- Wettbewerbspolitik, Sicherung geistiger und industrieller Eigentumsrechte
- Internationale Beurkundungs-, Geschäftsberichts- und Akkreditierungsstandards sowie internationale Schiedsgerichtsbarkeit
- Soziale Sicherheit, Arbeitslosenversicherung, regionale Entwicklungsagenturen
- Innerer und äußerer Veredlungsverkehr, Kontroll- und Quotenverwaltung
- Unabhängige Zentralbank, Steuerverwaltung, bankrechtliche Bestimmungen und Aufsicht, Liberalisierung des Telekommunikationsmarkts

- 1996 : Zollunion zwischen der EU und der Türkei.
- 1999 : EU Helsinki - Gipfel: « **Türkei wird offizieller EU-Beitrittskandidat** ».
- 2004 : EU-Kommission beschließt, dass die Türkei hinreichend die Kopenhagener Kriterien erfüllt.
- 2004 : EU-Kommission entscheidet Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu starten.
- **2005** : **Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober.**
- 2008 : Der EU-Ministerrat verabschiedet die neue Beitrittspartnerschaft mit der Türkei am 18 Februar.
- 2008 : Das dritte Nationalprogramm der Türkei für die Übernahme des Acquis.

V.i.S.d.P:

TÜSIAD Berlin Office

Märkisches Ufer 28

10179 Berlin

berlinoffice@tusiad.org